

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 124 – März 2018

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Zur Erinnerung

Seit 1934 war Kurt von Schuschnigg von der „Vaterländischen Front“ österreichischer Bundeskanzler, der wie sein Vorgänger Engelbert Dollfuß als Diktator ohne Parlament regierte.

Nachdem die wirtschaftliche Lage Österreichs immer schlechter geworden war und es sich auch außenpolitisch isoliert hatte, trafen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 zu Besprechungen in Berchtesgaden zusammen und einigten sich auf eine friedliche gegenseitige Politik.

Am Mittwoch, dem 9. März 1938 landete Schuschnigg überraschend seinen großen Coup: Er kündigte für den folgenden Sonntag (13. März) eine Volksabstimmung an. Es gab keine Wahllisten. 1932 war die letzte Wahl in Österreich gewesen. Praktisch gab es keine Vorbereitungszeit. Die „Vaterländische Front“, Schuschniggs Verband, sollte die Wahl überwachen, und zwar nur sie allein. Das Wahlalter sollte auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Da keine Wahllisten geführt wurden, sollten als Abstimmungsdokumente Mitgliedskarten der „Vaterländischen Front“, des „Bauernbundes“, das Gewerbebuch oder das Gewerkschaftsbuch, Meldezettel und alle möglichen Identitätspapiere gelten. Somit hätten viele in mehreren Wahllokalen abstimmen können.

Vorrätig waren nur Wahlzettel (5 auf 8 cm) mit dem Aufdruck „Ja“. Wer mit „Nein“ stimmen wollte, sollte einen gleichgroßen Zettel mitbringen und im Wahllokal „Nein“ darauf schreiben. Die Regierungspresse wiederholte mit großem Eifer: „Wer mit ‚Nein‘ stimmt, macht sich des Hochverrats schuldig!“

Das erzeugte eine berechtigte Empörung im ganzen Volk, die die Gefahr eines Bürgerkrieges beschwor.

Aus allen diesen Vorgängen ergab sich der Einmarsch für Samstag, den 12. März 1938.

EMPFEHLUNG DER KÄRNTNER SLOWENEN

zum Anschluß an Groß-Deutschland

„Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers proklamiert die Nation als göttliche Sache und betrachtet die Untreue oder den Gegensatz zum Volk, in das jemand geboren ist, als gegen die Natur gerichtet und deshalb schändlich. Der Nationalsozialismus ruft jeden zum tätigen Dienst in der Völkerfamilie und in der völkischen Gemeinschaft auf.

Wie diese Grundsätze für die Deutschen und das deutsche Volk gelten, so gelten sie nach den Erklärungen der Führer Groß-Deutschlands in gleichem Maße auch für die völkischen Minderheiten. Wir Kärntner Slowenen werden diese am 10. April mit unserer Stimmabgabe für Adolf Hitler bekräftigen.

Der 13. März 1938 hat für das deutsche Volk und damit auch für uns Kärntner Slowenen eine unverrückbare Tatsache geschaffen. Wie die Karawanken bis zum 13. März 1938 die Staatsgrenze Deutsch-Österreichs bildeten, so sind und bleiben sie künftighin die Grenze Groß-Deutschlands. Wirtschaftlich und staatspolitisch sind wir ein Teil des deutschen Staates geworden.

Wir Kärntner Slowenen wünschen im Lande eine politische Befriedung, einen kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt, der uns in einem neuen, großen Staat versprochen wird. Deshalb werden wir am 10. April ohne Ausnahme zur Wahl gehen und mit dem Stimmzettel unserem Verhalten gegenüber dem Staat mit „Ja“ Ausdruck verleihen. Das „Ja“ am 10. April 1938 im Sinne des Nationalsozialismus ändert nichts an unserer Zugehörigkeit zum slowenischen Volk und am Verhältnis zu unserem Muttervolk.

Für die slowenischen Organisationen in Kärnten:

Dr. Franc Petek e.h.

Dr. Joško Tischler e.h.“

RECHT AUF HEIMAT

Herder nannte sie „Gedanken Gottes“ – die Völker – von denen die heutigen Herrscher behaupten, daß es weder sie, noch eine nationale Identität gibt, den gehorsamen Untertanen aber gleichzeitig einreden, daß es sehr wohl eine „europäische Identität“ gibt.

In besonders hohem Kurs steht bei dieser Herrscherelite die „Menschheit“, kostet doch die Liebe zur ganzen Menschheit gewöhnlich nichts als eine Phrase, wie es Peter Rosegger so treffend formulierte. Zum Wohl der „Menschheit“ verfaßte man die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, in deren Präambel von der „Gemeinschaft der Menschen“ die Rede ist, und schloß vorsorglich die Völker aus diesem edlen Verein gleich einmal aus.

Das Recht auf Heimat kommt in den „Menschenrechten“ nicht vor.

Es ist aber so, daß jedes Volk das Recht auf seine angestammte Heimat, in der es besondere Rechte vor anderen Völkern - wie das Siedlungsrecht oder im Falle eigenständiger Nationen das Hoheitsrecht – hat, sowie das Recht, seine kulturellen Sitten und Eigenheiten frei zu entfalten und weiterzuentwickeln.

Damit dieses Grundrecht für die Völker gewahrt wird, gehören die „Menschenrechte“ ergänzt um Rechte, die sich an den Interessen der Völker orientieren und nicht an den Wünschen internationaler Institutionen, linker NGO oder der Einwanderer.

Im OFFENHAUSENER PROGRAMM steht:

„Wir wollen eine europäische Politik, die vorerst auf das Recht und die Interessen der Völker Europas, ihre Kultur und Wirtschaft Rücksicht nimmt.“

POLITISCH KORREKTER RASSISMUS

Rico Bandle: „Der „weiße Mann“ ist der Blitzableiter der politisch Korrekten: Man darf nicht über Schwarze schimpfen, nicht über Schwule, nicht über Frauen, nicht über Ausländer, nicht über Muslime. Übrig bleibt: der weiße Mann.“

„Wo ist der Zaster nur geblieben?“

Unter dem Titel berichtet Josef Urschitz in der linksliberalen *Presse*:

„Ob Hypo Alpe Adria oder Bawag: Ein gemeinsames Merkmal aller großen Betrugs- und Korruptionsprozesse in Österreich ist und bleibt das auffällige und seltsame Desinteresse der Justiz am Verbleib des Geldes.

Eine bis heute ungeklärte Frage begleitet alle großen Betrugs-, Untreue- und Korruptionsprozesse der vergangenen Jahre: Warum interessiert sich niemand dafür, wo das verschwundene, verlorene oder veruntreute Geld geblieben ist? Vor allem: Wieso weigern sich Gerichte so hartnäckig, dieser Frage nachzugehen? Vielleicht, weil den Schaden ohnehin die Steuerzahler – beziehungsweise im Fall Bawag die Gewerkschaftsmitglieder – ohne großes Murren begleichen und man sich auf diese Weise das Offenlegen unliebsamer politischer Verwicklungen erspart?

Ein besonders krasses Beispiel dafür war der Prozeß um die verschwundenen Bawag-Milliarden, bei dem, wie „*Die Presse*“ im Jahr 2012 feststellen mußte, für die Beschuldigten die Unschulds- und für das Gericht offenbar die Naivitätsvermutung galt.

Zur Erinnerung: Wolfgang Flöttl, erfolgreicher Investor in den Vereinigten Staaten und Sohn eines früheren Bawag-Generaldirektors, hatte von der Bawag viel Geld zwecks

spekulativer Vermehrung erhalten. Mit der letzten Tranche, einer Wette auf den Kurs des japanischen Yen, baute Flöttl einen Totalverlust. 1,2 Mrd. Euro von der Gewerkschaftsbank waren weg.

Das heißt: Weg waren sie natürlich nicht. Ein Derivatgeschäft ist eines zwischen zwei Partnern. Das Geld löst sich dabei nicht auf, sondern wandert vom Verlierer zum Gewinner. Also, wo sind die Bawag-Milliarden hin?

Das weiß man nicht, denn Flöttl verantwortete sich erfolgreich damit, daß seine Computerfestplatte den Geist aufgegeben habe – die Transaktion also nicht mehr nachvollziehbar sei. Über einen derartigen Unsinn lachte damals die ganze Finanzwelt. Nur die Bawag-Richterin, die später Justizministerin wurde, nicht: Die wollte gar nicht wissen, was mit den Bawag-Milliarden geschehen war. Ein Antrag des Bawag-Angeklagten Helmut Elsner auf Öffnung der Flöttl-Konten und Erstellung eines Forensic Account, mit dessen Hilfe die Geldflüsse nachvollzogen werden könnten, wurde vom Gericht abgelehnt. Noch seltsamer: Auch der damalige Eigentümer der Bawag, der ÖGB, hatte keinerlei Interesse daran, den Weg seiner verlorenen Milliarden zu rekonstruieren.

Was bleibt, ist ein ziemlich bitterer Nachgeschmack.“

AUFGEBAUSCHT

Leserzuschrift in *Die Welt*: „Ein britischer Bekannter konstatierte mir gegenüber etwas hilf- und ratlos: ‚Ihr Deutschen werdet für uns Briten immer ein Mirakel bleiben. Jeden Morgen holt ihr eure Toten aus dem Keller, breitet sie auf der Straße aus, staubt sie ab oder wascht sie und haltet Predigten oder Kerzen in den Händen. Wir haben auch Leichen im Keller, aber wir reden nicht darüber. Ich lebe schon seit 20 Jahren in Deutschland, aber noch nie habe ich hier als Ausländer Schwierigkeiten gehabt.

Ausländerfeindlichkeit gibt es bei uns auch, aber bei uns berichtet noch nicht einmal die Lokalpresse darüber; die hält sich an den Ehrenkodex. Ihr dagegen bauscht jede Kleinigkeit groß auf und funkt sie aufgeregt um die ganze Welt. Die deutschen Medien scheinen eine große Befriedigung darin zu finden, wenn sie ihrem Land Schaden zufügen können.“

„Bei so einem Volk“

Peter Filzmaier analysiert für die Kronenzeitung die direkte Demokratie und erklärt: „Am Anfang der Zweiten Republik hatten wir Wähler, die sieben Jahre lang der Nazi-Propaganda ausgesetzt waren. Von gleichgeschalteten Medien bis hin zu Lehrern, die zu 99 Prozent NSDAP-Mitglieder waren. Insgesamt gab es rund 700.000 Ex-Nationalsozialisten. Bei so einem Volk hielt man Volksabstimmungen für keine so gute Idee.“

Vielleicht sollte der Herr Filzmaier das Volk von 1945 bis 2018 einmal unter die Lupe nehmen und uns erklären, wie das heute so ist mit gleichgeschalteten Medien und Lehrern, die zu 99 Prozent einer beliebigen heutigen Partei angehören müssen, um überhaupt eine Anstellung zu bekommen.

ZITAT

Matthias Matussek in der Schweizer Weltwoche: „Jon Ronson, der Rechercheur bizarrer Geheimbünde und Kulte, wäre bei uns auf den bizarrsten aller Kulte gestoßen, den VgD, den Verein guter Deutscher. Der VgD erklärt alle zu Nazis, die nicht einverstanden sind mit dem Kurs der Regierung, denn selbstverständlich ist auch die Regierung Mitglied des VgD. Da diesmal, 75 Jahre später, der Widerstand gegen die Nazis endlich klappen soll, wird er ohne Rücksicht auf Verluste geführt – besonders in den sozialen Medien.“

Name „Deutsch-Österreich“ verboten

Durch das Diktat von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 wurde die Habsburger Monarchie zerschlagen und Österreich auf das deutschbesiedelte Kerngebiet beschränkt. Der neue Staat gab sich am 12. November 1918 den Namen „Deutsch-Österreich“, eine Bezeichnung, die von den Siegermächten im Diktat von St. Germain verboten wurde. Das Wort „Deutsch“ mußte aus dem Namen gestrichen werden. Auch ein Verbot der Vereinigung mit dem Deutschen Reich wurde festgelegt, obwohl die österreichische Nationalversammlung am 12. November 1918 beschlossen hatte: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“. Dieses Diktat der Alliierten stand somit in krassem Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht.

Wie das Deutsche Reich eine Kriegsschuld anerkennen mußte, so mußte auch Deutsch-Österreich in Saint-Germain dasselbe tun.

Der Gedanke des Anschlusses an das Reich war Bestandteil fast aller Programme der politischen Parteien Österreichs. 1921 wurden mehrere Probeabstimmungen über den Anschluß an das Reich in Österreich durchgeführt. Die Ergebnisse waren:

1. Am 24. April 1921 in Tirol 98,8 % für Anschluß, 1 % dagegen bei 85,2 % Wahlbeteiligung.
2. Am 29.5.1921 in Salzburg 99,3 % für Anschluß.

Daraufhin wurden sofort weitere Abstimmungen von den Alliierten in Österreich verboten, für den Übertretungsfall wurde eine Hungerblockade angedroht.

Insbesondere Frankreich, Italien und die „Kleine Entente“ hatten gegen die Anschlußbewegung in Österreich Einspruch erhoben.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Dem Gesindel gingen wir aus dem Wege, allen diesen Schreihälsen und Schreib-Schmeißfliegen, dem Krämer-Gestank, dem Ehrgeiz-Gezappel, dem üblen Atem - : pfui, unter dem Gesindel zu leben.“

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT660000000075505994.**

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Frei nach Goethe !

„Wir wollen uns nicht betören lassen. / Macht mir den Trump nur nicht zu klein: / Ein Präsident, den die „Eliten“ hassen, / der muß was sein!“

SKANDAL

„Die größtenteils illegale Zuwanderung der Jahre 2015 ff. kosten den österreichischen Steuerzahler allen seriösen Berechnungen zufolge bis zu drei Milliarden Euro – pro Jahr wohlgemerkt!

Nur so zum Vergleich: Für Umweltschutz hat die Republik im vergangenen Jahr 1,3 Milliarden Euro ausgegeben, für Hochschulen und Universitäten 2,3 Milliarden und für die gesamte Landesverteidigung 2,6 Milliarden. Daß Österreich für die Folgen der illegalen Zuwanderung derzeit mehr Steuergeld ausgibt als für die lebenswichtige Ausbildung künftiger Leistungseliten, für eine gesunde Umwelt oder für die Sicherung seiner territorialen Integrität, ist in Wahrheit ein politischer Skandal von bemerkenswerten Dimensionen!

Welche Kosten langfristig entstehen werden, ist derzeit nur schwer abzuschätzen. Der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn hat jüngst für Deutschland langfristig – also über die Lebenszeit der zu uns Gekommenen – einen Betrag von 450 Milliarden Euro genannt; auf Österreich übertragen wären das etwa 45 Milliarden Euro.

Dagegen nimmt sich der Mega-Schadensfall Hypo Alpe Adria mit geschätzten sieben Milliarden Kosten wie ein besseres Trinkgeld aus.“ berichtet Christian Ortner in der linksliberalen Presse.

Ex-Politiker kassieren weiter

Nach der Wahl im Oktober 2017 haben es 85 Mandatäre nicht mehr ins Parlament geschafft. Trotzdem fließt weiterhin Steuergeld. 27 aus dem Hohen Haus geworfene Politiker haben Antrag auf Entgeltfortzahlung eingebracht.

Die Entgeltfortzahlung wird von jenem Gehalt berechnet, das der Abgeordnete in seiner parlamentarischen Funktion bezogen hat. Derzeit hat ein Abgeordneter Anspruch auf 8.755,80 Euro brutto pro Monat. 75 Prozent davon sind 6.566,85 Euro. Nach Abzug aller Abgaben beträgt das Gehalt laut Brutto-Netto-Berechnung des Finanzministeriums 3.846,54 Euro.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Es gibt kein härteres Unglück in allem Menschen-Schicksale, als wenn die Mächtigen der Erde nicht auch die ersten Menschen sind. Da wird alles falsch und schief und ungeheuer.“

Aus dem PROLOG von „Titos langer Schatten“:

„In den 1950er Jahren, als die Namen der jugoslawischen Mörder der nach dem Ende des Krieges verschleppten Kärntner und Steirer nach Österreich durchsickerten, machte Wien aus diplomatischer Rason vor dem kommunistischen Jugoslawien einen Kniefall. Eine Auslieferung der Mörder, Angehörige der jugoslawischen Volksarmee, wurde nicht beantragt.

Auch der Terror der 1970er Jahre besaß Gesichter, das Gros der Aktivisten war bekannt. Wurden die Täter gefaßt und Anklage erhoben, mündeten die Verfahren in den meisten Fällen in einem Pardon, das man auf höchster politischer Ebene und in Absprache mit dem jugoslawischen Pendant traf.“

**DAS LEBEN IST DER GÜTER HÖCHSTES NICHT.
DER ÜBEL GRÖSSTES ABER IST DIE SCHULD.**

Friedrich Schiller

Playboys sind Diplomaten
und Huren Stadtsymbole,
Betrüger werden Präsidenten
und Schwarzhändler Beamte.

Aber Offiziere sind Verbrecher
und Soldaten Dummköpfe.

Werkelmänner sind Musiker
und Scharlatane Künstler,
Medizinmänner werden Staatsoberhäupter
und Schneider Polizeipräfekten.

Aber Mütter werden belächelt
und Arbeiter bemitleidet.

Verräter sind Ehrenmänner
und Feiglinge Vorbilder,
Verbrecher werden berühmt
und Filmstars noch berühmter.

Aber Helden sind Wahnsinnige
und Bauern Brotlieferanten.

Und wir sitzen auf Eisenbetten
und denken darüber nach
und sind getröstet zu wissen,
daß sich die Erde dreht.

Konrad Windisch
Aus „Gefängnislieder“

Landeshauptmann gegen Änderung

Landeshauptmann Peter Kaiser: „Die vierte Strophe (des Kärntner Heimatliedes d. Red.) soll weder geändert noch gestrichen werden. Das ist kein Thema.“

VERSPOTTUNG DER ABWEHRKÄMPFER

Die Kärntner Dreierkoalition - SPÖ, ÖVP und GRÜNE - hat beschlossen, für das Jubiläum „100 Jahre Volksabstimmung“ im Jahr 2020 fast acht Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Wesentlicher Teil des Gedenkens an Abwehrkampf und Volksabstimmung soll ein Turnier von Hobbyfußballern autochthoner Minderheiten, genannt „Europeada“, sein. Verantwortlich für den Kick ist der Slowenische Sportverband. Der Geschäftsführer dieses Verbandes erhält 2018, 2019 und 2020 je 100.000 Euro aus dem Budget der 100 Jahrfeier.

Im Turnierlogo wird – wie auch in Landesrat Bengers Regierungsakt – von Koroška/Kärnten gesprochen.

Was ein Fußballturnier und die zweisprachige Bezeichnung Kärntens in einem offiziellen Regierungsakt mit der Volksabstimmung zu tun hat, erklären die Verantwortlichen nicht.

Das ist eine Verspottung der im Abwehrkampf gefallenen Kärntner und eine Verhöhnung der Kärntner Volksabstimmung, des demokratischen Bekenntnisses zu Österreich!

ZITAT

eines hochrangigen, nicht namentlich genannten Roten: „Wir müssen Holub und seinen Grünen helfen, wieder in den Landtag zu kommen. Sonst geht uns eventuell ein entscheidender Koalitionspartner flöten.“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

In Polen Europas erste KZs

„Die ersten KZs in Europa wurden nach Gründung des polnischen Staats im ehemaligen deutschen Posener Gebiet von Polen für Deutsche errichtet. Noch im Herbst 1918 das Lager Szcypiorno und 1919 Stralkowo.

Zur Zeit des totalitär regierenden Marschalls Pilsudski wurde 1926 das Konzentrationslager Bereza-Kartuska in Galizien und das in Brest-Litowsk eröffnet, wo neben Deutschen auch Ukrainer und andere politische Gegner gefangengehalten wurden.

Im Jahre 1939 kam neben kleineren Einrichtungen das Lager Chodzen zwischen Leslau und Kutno hinzu, in dem Anfang September 1939 Tausende Volksdeutscher zusammengetrieben wurden.

Nach der Besetzung Polens durch die Rote Armee wurden von Polen ab 1944 mehr als 1250 KZs für Deutsche im altpolnischen und im Oder-Neiße-Gebiet eingerichtet. Die schlimmsten waren Lamsdorf bei Falkenberg in Oberschlesien, wo nachweislich 1945/46 mehr als 6000 Menschen auf brutalste Weise umgebracht wurden, Tost und Myslowitz ebenfalls in Oberschlesien, Potulice bei Bromberg, Granow bei Lissa, Sikawa bei Lodz und Jaworowo bei Tschenschowau.“

Rolf Kosiek in „Der große Wendig“

Von Titopartisanen ermordet.



In Leutschach an der Weinstraße (Gemeinde Pöbnitz) steht ein Mahnmal.

In der naheliegenden Marktgemeinde Arnfels befand sich in den letzten Kriegsmontaten 1945 ein Feldlazarett in der dortigen Volksschule. Am 22. Mai 1945 wurden 41 verwundete Soldaten von Titopartisanen mit Stacheldraht gefesselt und auf einen LKW geworfen. An der Stelle des jetzigen Mahnmales wurden sie brutal ermordet.

Klage abgeschmettert

Das Oberlandesgericht Graz schmettete die Klage eines von Wilhelm Wadl und Alfred Elste im Buch „Titos langer Schatten“ als jugoslawischen Ex-Agenten „geouteten“ Angehörigen der slowenischen Volksgruppe zurück. Die Höchstrichter anerkannten die Korrektheit der Arbeit und die Angemessenheit der Namensnennung. Wadl dazu: „Es gab ja sogar Bemühungen, uns den Status als Wissenschaftler abzusprechen.“

ZITAT

Andreas Thiel: „Political Correctness ist bloß ein Moralersatz für Unaufrichtige mit schlechtem Gewissen.“

Kärntner Kulturpreis an Turrini

Gegen den Wunsch des protestierenden Literaturbeirates, in dem auch Lojze Wieser sitzt, entschied Landesrat Christian Benger (ÖVP), den Kärntner Kulturpreis 2017 in Höhe von 14.500 Euro an Peter Turrini zu geben. Der Literaturbeirat forderte in einem Schreiben an alle Regierungsmitglieder nicht nur Turrini, sondern auch den ursprünglich vorgeschlagenen Josef Winkler auszuzeichnen. Winkler ist der, dem Rot, Schwarz und Grün in Kärnten für seine Kärntenbesudelung, sprich „Vorlaß“ 460.000 Euro versprochen haben.

ZITAT

Schauspieler Martin Wuttke: „#MeToo, das ist so wie #CocaCola, also ein Produkt. Es erfüllt ganz andere Funktionen, aber damit wird nicht unbedingt unser Leben anders gestaltet. ... Es werden Leute angegriffen und Existenzen gefährdet, obwohl es keine Gerichtsurteile in ihren Fällen gegeben hat. Also ein bißchen hat man den Eindruck einer Hexenjagd.“

Entgegen den früheren Lobliedern

über das hohe Bildungsniveau der Syrer befinden sich syrische Ingenieure überwiegend auf „Realschulniveau“. 65 % der syrischen Schüler können nur sehr eingeschränkt lesen und schreiben und bloß einfachste Rechenaufgaben lösen. Sollten sie und die anderen, ähnlich konditionierten Migranten in Deutschland verbleiben, werden sie das Prekariat (die neue Unterschicht) vermehren und darin ethnisch und religiös definierte Sondergruppen bilden.

Da ihre Fertilitätsrate höher ist als die der Einheimischen, kündigt sich eine weitere dramatische Verschiebung der Intelligenzstruktur an, die noch dadurch verschärft wird, daß die Auswanderer aus Deutschland, die sich vor allem in Richtung USA, Australien und Neuseeland absetzen, über einen überdurchschnittlichen Intelligenzquotienten verfügen.“

Um von sich reden zu machen

Peter Simonischek zum Vorhaben Martin Kušejs als neuer Burg-Direktor auch in anderen Sprachen, etwa Slowenisch, aufführen zu wollen: „Anderssprachige Autoren finde ich wunderbar. Und ja, man kann in der Burg auch auf Slowenisch spielen – um von sich reden zu machen. Warum nicht?“

Frauenhaß

Einer Studie des überparteilichen, britischen Think-Tanks Demos zufolge, gehen 50 Prozent der frauenfeindlichen Äußerungen auf Twitter von Frauen und Mädchen selbst aus. Besonders beliebt unter den Beschimpfungen, die von Frauen gegen Frauen gehen, sind solche, die das Aussehen attackieren: „dünne Schlampe“, „fette Tussi“.

ZITAT

Johann Gottfried Herder: „Geschichte, das sind nicht die Potentaten mit ihrem heraldischen Federvieh. Das sind die Völker im großen, jedes mit seinem eigenen, unverlierbaren Volksgeist.“



lesen Sie auch

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN

Probexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>